

# **Badische Landesbibliothek Karlsruhe**

**Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe**

## **Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1921**

24.11.1921 (No. 275)

# Karlsruher Zeitung

## Badischer Staatsanzeiger

Verantwortlich:  
Haupt-  
redakteur  
C. A. M. e. n. d.  
Druck  
und Verlag  
G. Braunische  
Hofbuch-  
druckerei, beide  
in Karlsruhe.

Expedition:  
Karlsruher-  
Straße Nr. 14  
Fernsprecher:  
Nr. 953  
und 954  
Postkonton:  
Karlsruhe  
Nr. 3515.

Bezugspreis: In Karlsruhe und auswärts frei ins Haus geliefert vierteljährlich 24 M. 90 P. — Einzelnummer 40 P. — Anzeigengebühr: 50 P. für 1 mm Höhe und ein Zentimeter Breite. Briefe und Gelder frei. Bei Wiederholungen taufelster Rabatt, der als Kassenzahlung gilt und verweigert werden kann, wenn nicht binnen vier Wochen nach Empfang der Rechnung Zahlung erfolgt. Bei Abrechnung, zwangsvoller Beitreibung und Kontostromverfahren fällt der Rabatt fort. Erfüllungsort Karlsruhe. — Im Falle von höherer Gewalt, Streik, Sperrung, Maschinenbruch, Betriebsstörung im eigenen Betriebe oder in denen unserer Lieferanten hat der Inserent keine Ansprüche, falls die Zeitung verspätet, in beschränktem Umfang oder nicht erscheint. — Für telefonische Abbestellung von Anzeigen wird keine Gewähr übernommen. Unverlangte Drucksachen und Manuskripte werden nicht zurückgegeben und es wird keinerlei Verpflichtung zu irgendwelcher Vergütung übernommen.

### Amtlicher Teil. Die Polizeistunde.

\*\*\* Durch § 2 der Verordnung des Ministeriums des Innern vom 30. August 1921 ist die Möglichkeit geschaffen worden, durch eine ortspolizeiliche Vorschrift bei dringenden Bedürfnissen eine allgemeine Verlängerung der Polizeistunde eintreten zu lassen und zwar für Wirtschaften nicht über 1 Uhr und für öffentliche Vergnügungstätten nicht über 12 Uhr.  
Die gegenwärtige Brennstoffknappheit verlangt gebieterisch, daß von dieser Möglichkeit nur die allgemeinen Polizeistundenverlängerung sein oder doch nur ein sehr bescheidener Gebrauch gemacht wird. In der Regel soll die Polizeistunde auf 11½ Uhr festgesetzt bleiben und nur vielleicht für Samstags- oder Sonntags allgemein bis 12 Uhr verlängert werden. Weitergehende allgemeine Polizeistundenverlängerungen dürfen nicht ohne Zustimmung des Ministeriums angeordnet werden.  
Wo jetzt schon die Polizeistunde allgemein für mehr als einen Tag in der Woche (Samstag oder Sonntag) über 12 Uhr verlängert ist, muß mit möglichster Beschleunigung eine Änderung erfolgen.  
Auch bei einzelnen Verlängerungen der Polizeistunde wird große Zurückhaltung geübt werden.

### Frankreich in Washington.

Das diplomatische Ringen in Washington hat in den letzten Tagen einen Verlauf genommen, den man nicht anders als dramatisch bezeichnen kann. Allerdings darf nicht verkannt werden, daß dies auch durchaus den Wünschen und Absichten desjenigen Staates, der im Mittelpunkt des Kampfes stand, entsprach, und daß es Frankreich bewußt darauf angelegt hatte, aus der Konferenz ein Theaterstück zu machen.

Sieht man die Dinge so, dann muß man gestehen, daß die Regie glänzend funktioniert hat, daß die mise en scène hervorragend gut vorbereitet war. Zu allem Überfluß stellte Frankreich seine beste Kraft, den Ministerpräsidenten selbst, in den Dienst der Aufführung.

Selbst dann, wenn man zugibt, daß Briand mit seiner Rede die Staatsmänner der übrigen Mächte sachlich keineswegs überzeugt hat, wird man die Tatsache nicht negieren können, daß er mit seinem Auftreten einen großen Erfolg errungen hat. Dieser Erfolg besteht zunächst einmal darin, daß die Konferenz sich nicht mehr getraut hat, die Frage der Abrüstung zu Lande weiter zu behandeln. Es ist sonach doch noch so gekommen, wie wir es in unserm ersten, am vorigen Mittwoch an dieser Stelle veröffentlichten Artikel vermutet haben: Frankreich zuliebe hat sich die Konferenz einer besseren Einsicht entschlagen und sich damit abgefunden, daß Frankreich — zunächst wenigstens — seine ungeheure Landmacht behält. Wieder einmal ist man einem Konflikt mit Frankreich ausgewichen, wieder einmal hat man anstatt einer Politik klarer Entscheidungen eine Politik des Fortwärtelns gewählt.

Der weitere Erfolg der Rede Briands besteht darin, daß es ihm offenbar gelungen ist, einen Teil der öffentlichen Meinung in Amerika zugunsten der französischen Auffassung und zu Ungunsten Deutschlands zu beeinflussen. Der amerikanische Zuhörer und Leser ist nicht in der Lage, nachzuprüfen, ob und inwieweit die Angaben Briands über die angeblich noch immer von Deutschland drohende militärische Gefahr zutreffen. Auch der geschäftlich so fähige und nüchtern denkende Amerikaner läßt sich von einer geschickten Rhetorik nur gar zu leicht einfangen. Sein kritisches Empfinden ist nur dort wach, wo es sich unmittelbar um sein Geschäft handelt. Und so ist es denn gekommen, daß Briand auch rein äußerlich einen rhetorischen Erfolg von gewiß nicht zu unterschätzender Bedeutung einheimen konnte.

Wir Deutsche haben allen Anlaß, solches zu beklagen. Und auch die Empfindung, daß man uns zweifellos Unrecht getan hat, daß man uns ohne jede Verteidigung verdächtigen ließ, verschafft uns nur einen geringen Trost. Von neuem ist es der Rabulistik und der Regierkunst unserer Feinde gelungen, uns moralisch Abbruch zu tun und das Mißtrauen der Welt gegen uns zu verstärken.

Gewiß wird in einem Teil der englischen Presse darauf hingewiesen, daß die Angaben Briands gewaltig übertrieben seien. Ja, einzelne Blätter scheuen sich nicht, darauf aufmerksam zu machen, daß die weltpolitische Entwicklung allmählich eine Wendung zur Katastrophe annehmen muß, wenn Frankreich weiterhin mit seiner Meinung Oberwasser behält. Man sieht drü-

ben in England sehr wohl ein, daß die sog. „deutsche Gefahr“ für Frankreich ein ganz vorzüglicher Vorwand ist, um die eigene Stellung politisch zu festigen, und um nachwieder eine Militärmacht auf den Weinen zu halten, die allein schon durch ihre Existenz den Kontinent beherrscht.

Daß Italien von dem Siege Briands innerlich nicht sonderlich erbaunt ist, läßt sich denken. Denn einem übermächtigen Frankreich gegenüber wird Italien in den europäischen Kämpfen nie die Rolle spielen können, die zu spielen es sich selbst zutraut. Solange aber England klein beigibt, wird natürlich auch Italien Zurückhaltung üben müssen.

Bei der englischen Politik liegt die Lösung des großen Weltproblems. Wenn England sich allerdings entschließen sollte, auf eine aktive Kontinentalpolitik zu verzichten und Europa der Suprematie Frankreichs auszuliefern, so läge für London kein Grund vor, um Frankreich in die Fänge zu fallen. Will aber England, vor allem aus wirtschaftlichen Gründen, aktive Kontinentalpolitik treiben, so muß es über kurz oder lang den Bruch mit Frankreich riskieren. Dabei ist jedoch immer noch sehr die Frage, ob Frankreich sich auf dieses Risiko einlassen wird. Wir glauben, daß Frankreich vor einem entschlossenen Willen Englands zurückweichen und sich zu einer Politik bequemen wird, die mehr den Grundfäden der Vernunft und Gerechtigkeit entspricht und etwas weniger den machtgierigen Zielen eines ausschweifenden Imperialismus nachjagt.

### Reparation und Kreditaktion.

Die Rede des Reichskanzlers im Steuerauschuß des Reichstags bestätigt, was aus den bisherigen Verlautbarungen über den Verlauf der Reparationskommission in Berlin bereits klar geworden war: die Entente lehnt auf der Zahlung der am 15. Januar und 15. Februar fälligen Raten der deutschen Kriegskontribution. Ein in Paris veröffentlichtes Communiqué besagte, die Kommission sei „einmütig der Ansicht gewesen, daß Deutschland diese beiden Annuitäten zu zahlen in der Lage sei“.

Die „Frankf. Ztg.“ macht dazu die folgenden Ausführungen:  
„So steht es nicht. Die Kommission hat, wie es auch der Reichskanzler feststellt, das Gesamtproblem der Reparation, das ein Wirtschaftsproblem ist, offiziell mit uns überhaupt nicht erörtert. Sie hatte auch zu Verhandlungen über die Frage eines Moratoriums keine Instanzen. Sie tam mit gebundener Marschroute, um die beiden nächsten Annuitäten sicherzustellen. Und abgehend war für sie nicht eine Prüfung der deutschen Leistungsfähigkeit, sondern die komplizierte gesamtpolitische Lage, bei der noch besonders etwas mitzuspähen, was in der englischen Presse bereits ausgesprochen wurde, der Umstand nämlich, daß die beiden nächsten Vorzahlungen noch für die Teilbefriedigung der belgischen Vorzugsrechte nötig sind. So haben die Großmächte jede Diskussion über Milderung oder Aufschub der nächsten Annuitäten ausgeschlossen. Weil die Reparationskommission die Zahlung haben will, war sie einmütig der Ansicht, daß Deutschland imstande sei, sie zu leisten!“

Deutschland aber hat das Geld nicht. Fällig werden, wie bekannt, am 15. Januar 500 Millionen, am 15. Februar 250 bis 275 Millionen Goldmark. Auf den letzteren Betrag kommen die bis dahin zu leistenden Sachlieferungen, sowie die von England einbehaltene Abgabe auf den deutschen Export in Anrechnung. Es bleibt auch danach für die beiden Termine zusammen eine Vorzahlung von 600 Millionen, von denen aus dem Ertrag der deutschen Wirtschaft selbst nur ein Bruchteil aufzubringen sein wird. Diese verzwiefelte Situation war seit langem offenkundig; der schon Anfang September aufgetauchte Gedanke, das Vakuum für diese und für die folgenden Termine durch eine große Kreditaktion der deutschen Industrie zu überbrücken, entsprang aus dieser Einsicht. Sie war zuerst allgemein; auf der Münchener Tagung des Reichsverbandes der Deutschen Industrie fanden sich gegen die Gesamtheit der Mitalliierten nur 5 Stimmen gegen den Plan der Kredithilfe. Dann wuchs die Opposition. Und heute steigert sich die deutschnationale Presse in übereinstimmender mit ihren Parlamentariern zu einer verzweifeltsten Agitation gegen jede Maßnahme dieser Art. „Wir stehen“, schrieb z. B. am Sonntag der Abg. Graf Westarp in der „Kreuzzeitung“, „unmittelbar vor oder vielmehr bereits in einem neuen verhängnisvollen Abschnitt der Entwicklung zur völligen Verflüssung des deutschen Volkes. Der letzte Ball, der uns hierüber noch schützte, war das Privateigentum und die Achtung des Auslandes vor ihm. Die Regierung und die herrschenden Parteien, vornehmlich die Sozialdemokratie, sind am Werke, auch ihn niederzureißen.“ Die deutsche Politik wolle das Privateigentum durch den Zugriff unserer Zwangsrenten auf dem Präsentierteller darbieten. Das ist der Kon, mit dem die Kredithilfe ebenso wie die Erfassung der Sparwerte und natürlich auch der im Reparationsauschuß des Reichswirtschaftsrats ausgearbeitete Gesetzentwurf zu einer Kreditorganisation der deutschen Gewerbe abgelehnt werden. Wir sollen

der Entente unsere Zahlungsunfähigkeit erklären und dann sehen, was daraus folgt. Das ist die Forderung. Aber das ist ja nichts anderes als die alte Katastrophentheorie, die uns nun seit drei Jahren von dieser Seite gepredigt wird, von der Opposition gegen die Unterzeichnung des Versailler Vertrages an bis zur Auflehnung gegen die Annahme des Bon-doner Ultimatum. Ihr entgegen steht die andere Politik, die die Durchbarkeit unserer Lage wahrhaftig nicht minder empfindet, die aber erkennt, daß das geschlagene Deutschland nicht durch neue Gewaltauflehnung, sondern nur durch ein langsames Reifen der Einsicht in der Welt gerettet werden kann. Diese Einsicht wird kommen, wenn nicht durch den guten Willen, dann durch den unentrinnbaren Zwang der weltwirtschaftlichen Tatsache. Die Washingtoner Rede Briands hat von neuem gezeigt, wie verhängnisvoll diese Einsicht durch die sinnlosen Agitationen der deutschen Nationalisten aufgehalten wird. Sie ist trotzdem im Wachsen durch den Flug der Arbeitslosigkeit und der wirtschaftlichen Zerrüttung, unter der die ganze Welt heute leidet. Sie ist namentlich in England heute schon stark. Es bleibt uns gleichwohl ein steiniger Weg, ein Vorwärtsschreiten über schwere Hindernisse. Aber es bleibt kein anderer Weg. Das hat auch der Reichskanzler jetzt wiederum betont.

Und deshalb will er, weil jetzt in der kurzen Zeit bis zum Fälligwerden der nächsten Raten der deutschen Kriegskontribution doch nichts anderes mehr übrig bleibt, weiter die Kreditaktion betreiben. Der Kanzler hat sich, weil die Verhandlungen hierüber nach innen und außen noch fortgesetzt weiter gehen, mit großer Zurückhaltung und nur in Andeutungen geäußert. Das Wesentliche ist doch ersichtlich. Durch die Beschlässe des Reichsverbandes der Deutschen Industrie vom 5. November und die dazu mündlich gegebenen Erläuterungen war das, was die Industrie dem Reiche an Hilfe leisten sollte, weit in den Hintergrund getreten gegenüber dem anderen, was die Industrie von dem Reiche fordern zu dürfen glaube. Das war nicht nur aufreizend nach innen, es hat, wie der Reichskanzler feststellte, auch bei den Alliierten, insbesondere bei der Reparationskommission, sehr verstimmt und verwirrend gewirkt. Inzwischen ist darin wohl doch wenigstens eine gewisse Wandlung eingetreten. Allerdings hat die Industrie ihre Bedingungen und Voraussetzungen auch heute nicht fallen lassen, im Gegenteil, sie sind wiederholt worden. Aber zu dem Gedanken des Kredits sieht man heute wohl doch wieder positiver. Der Reichskanzler seinerseits hat sich sachlich zu den Problemen, die durch die Forderung der Industrie aufgeworfen sind, noch nicht geäußert. Er weist eine Beschäftigung mit diesen Problemen nicht etwa a limine ab, kündigt vielmehr umgekehrt an, daß die Reichsregierung in kürzester Frist, spätestens Anfang nächster Woche, eine positive Darstellung der unverzüglich notwendigen Maßnahmen, „eine positive Antwort im Sinn unserer Handlungsabsichten“, dem Reichstage mitteilen werde. Und das ist gut; denn das Problem der Millardenbesitze bei Eisenbahn und Post ist ja nicht erst durch die Industrie entbrennt worden; es ist seit langem akut und fordert, wenn unsere Finanzen überhaupt einer Sanierung zugeführt werden sollen, dringend eine Lösung. Aber der Reichskanzler erklärt gleichzeitig, daß er „nicht in der Lage sei, die Probleme der Kreditaktion mit den übrigen Problemen zu verbinden. Das sind Probleme für sich und die Reichsregierung wird ihren Weg gehen, wenn die Industrie nicht folgen sollte.“ Ich nehme aber an, daß sie neben uns marschieren wird.“ Auch diese Erklärung ist gut und sie war notwendig. Denn unerträglich und tatsächlich einer Auflösung des Staates gleichkommend wäre eine industrielle Nebenregierung, die unter dem Druck der verzweifeltsten finanziellen Notlage des Reiche der Reichspolitik befehlend die Wege vorschreiben dürfte. Ist die Industrie aus eigener Einsicht bereit, das Notwendige zu tun, so wollen wir es begrüßen. Ist sie dazu nicht bereit, so darf an ihren Bedingungen das Mögliche nicht scheitern. Was aber ist in bezug auf Kreditaktionen möglich? Der Reichskanzler hat erwähnt, was in der Öffentlichkeit schon bekannt ist, daß an sich bei manchen Finanzleuten, besonders in England, eine Geneigtheit, der Kreditfrage näherzutreten, wohl zutage getreten ist. Aber er hat gleichzeitig sehr ernst auf den anderen Umstand hingewiesen, daß die Frage eines langfristigen Kredits aufs engste verknüpft ist mit dem Fortgang der Washingtoner Konferenz, und daß trotz gewisser Bereitwilligkeits-Erklärungen ernfliche Ausichten für eine langfristige Kreditaktion auf den Weltmärkten für erst dann eröffnen, was die Washingtoner Atmosphäre sich etwas geklärt haben wird. Wieder so kurzfristige Kredite aufzunehmen, wie im August zur Zahlung der ersten Milliarde, würde aber für unsere Währung absolut ruinös sein. Was bleibt, wäre ein Mittelweg, ein vorläufiger Vorstoß auf eine nach der Klärung in Washington aufzunehmende langfristige Anleihe. Daran denkt anscheinend der Kanzler, und dafür rechnet er anscheinend auch auf die Zustimmung und auf die Mithilfe der Industrie.

Das ist die Lage, wie sie sich aus den Eröffnungen des Reichskanzlers ergibt. Daß sie außerordentlich ernst ist, ist ohne weiteres klar. Die nächsten Wochen mit allem, was sie an Verhandlungsergebnissen drinnen und draußen zeitigen werden, müssen von entscheidender Bedeutung sein. Für unsere außenpolitische Situation bedarf das keines Hinweis mehr, daß es auch innenpolitisch gilt angesichts der Verjährung, die aus der furchtbaren Leuerung und aus der dadurch geschaffenen Erregung sich ergibt, darüber werden wohl auch die führenden Kreise der Industrie nicht mehr im Zweifel sein. Inzwischen ist unbedingt zu fordern, daß der Reichstag mit äußerster Beschleunigung wenigstens die ihm bereits vorliegenden Steuererhebungswirke erledige. Wir müssen mit äußerster Energie das Unfrige tun, um dem notleidenden Reiche vermehrte Einnahmemeinellen zu erschließen und das Wachsen der Notensflut wenigstens einigermaßen einzudämmen. Auch das ist heute nicht mehr nur eine innenpolitische und innerwirtschaftliche Notwendigkeit, sondern, was als erstete Maßnahme erkannt werden muß, ein unabwiesbares außenpolitisches Erfordernis.“

## Der Verleumdungsfeldzug gegen Deutschland.

Die „Deutsche Bergwerkszeitung“ schreibt in einem Abwehrartikel gegen den auch heute noch fortwährenden Verleumdungsfeldzug der feindlichen Presse gegen Deutschland u. a. folgenden:

Diese Kräfte, die uns während des Krieges in der ganzen Welt um unseren guten Ruf gebracht haben, sind neuerdings in auffälliger Weise an der Arbeit, uns vernichtend zu schädigen. Der für uns so unheilvolle Lord Northcliffe hat zu diesem Zweck einen Plan entworfen und dessen Ausführung sofort mit der ihm eigenen Großzügigkeit und Zielstreue ins Werk gesetzt, der in seiner Auswirkung ebenso bösdartig für uns ist, wie die britische Propaganda während des Krieges es für uns gewesen ist.

Lord Northcliffe ist bekanntlich während des Krieges Minister gewesen, Minister für die Propaganda gegen Deutschland. Der Erfolg seiner Tätigkeit war vollkommen. Es ist ihm gelungen, Deutschland in der ganzen Welt so schlecht zu machen, daß kein Hund ein Stück Brot von uns nehmen wollte. Kam man ins neutrale Ausland, so zeigten selbst Leute, mit denen man jahrelang in persönlicher Freundschaft verkehrt hatte, einem die kalte Schulter. Daß der britische Propagandafeldzug war jedermann überzeugt, daß Deutschland den Krieg treuehuldig vom Haupte gebrochen, daß es den Krieg unter Bruch des Völkerrechts unmenschlich und barbarisch führe, daß der deutsche Soldat ein Unmensch sei, der an Greifen und unschuldigen Kindern Greuel über Greuel verübt habe, und daß wir Deutsche als Feinde des Menschengeflechts niedergeschlagen werden müßten. Von all dem war, wie gesagt, ein Jahr nach Ausbruch des Krieges die ganze Welt überzeugt.

Nun hat Northcliffe mit Neid und Mißgunst gesehen, daß das deutsche Volk, nachdem es sich von seinem Schreden erholt hat, das ihm zugeordnete Schicksal der Vernichtung und des Unterganges durch eiserne Entschlossenheit zur Arbeit abwendet, daß es seine Industrie und sein Gewerbe, seinen Ackerbau und besonders seine Schiffahrt wieder aufrichtet, und daß in der Ferne wenigstens eine Möglichkeit erscheint, daß Deutschland eines Tages wieder in die Reihe der europäischen Völker treten werde. Wir sagen: er hat es mit Neid und Mißgunst gesehen, nein, er hat es mit schwerer Enttäuschung und mit Schrecken gesehen. Das war nicht die Meinung der Männer, die mit uns den Frieden von Versailles geschlossen haben, der Clemenceau, Poincaré, Lloyd George und Northcliffe. Uns war von ihnen das Schicksal von Karthago zugeordnet: wir sollten vernichtet werden. Und da es keine Möglichkeit gab, ein Volk von 60 Millionen geradewegs auszulöschen, so sollten wir immer hart am Boden gehalten werden. Um das wenige, was wir an unserem Wiederaufbau haben tun können, wieder zu vernichten, tat jetzt der neue Feldzug Northcliffes gegen uns. Er wird mit derselben Großzügigkeit, mit derselben Gleichgültigkeit gegen die Kosten, mit derselben Universalität, mit derselben Zielstreue geführt, wie während des Krieges, und das Ziel ist abermals: Germaniam esse delendam! Deutschland muß ausgelöscht werden. Northcliffe geht Arm in Arm mit den unfählichen Belgiern und er macht jetzt die Vereinigten Staaten und das britische Weltreich gegen uns mobil.

Zunächst der Feldzug in Europa. Northcliffe schickt Vertreter seiner Mäpfer nach Deutschland, die den Auftrag haben, die Welt durch die Behauptung zu beunruhigen, Deutschland sei restlos an der Arbeit, den Machkrieg ins Werk zu setzen. Quers hat der ständige Berliner Korrespondent der „Times“ in mehreren Artikeln die Lüge auszuspinnen müssen. Deutschland unterhalte eine viel größere Zahl von Bewaffneten, als es nach dem Pariser Vertrag unterhalten dürfe. Allmählich wurde er dreister, er sprach von großartigen Rüstungen, von großen heimlichen Waffenlagern, von ganz unvollständiger Zerstörung der Kriegswaffen, Artillerie, Munition, zu der wir uns verpflichtet hätten, vom Bau von Kriegsluftschiffen, von Versuchsdarstellungen ohne Ende, von Hunderttausenden, die sich für den Kampf bereit hielten und bewaffnet seien. Dann ging die Sache ganz systematisch weiter. Auf einmal tauchte ein Sonderkorrespondent auf, der in drei oder vier Artikeln von München auf das Tollste berichtete, was er gedruckt worden ist. Oppau sei in die Luft geflogen durch verbotene Explosivstoffe, die für den Machkrieg fabriziert worden seien, und deshalb werde auch die Untersuchung so geführt, daß nichts herauskommen könne. Da müsse sofort eine Kontrollkommission der Verbündeten hin. Auch die übrigen großen chemischen Werke in Deutschland seien Tag und Nacht an der Arbeit, Explosivstoffe und Gifte für den Machkrieg herzustellen. Die ganze deutsche chemische Industrie müsse unter fortlaufender Kontrolle gestellt werden. Die deutsche Eisen- und Maschinenindustrie sei unablässig bei der Arbeit, verbotenes Kriegsmaterial herzustellen und es seien ihr mehrere hunderttausend technische Erfindungen gelungen. Es sei in großen Mengen ein Maschinengewehr fertiggestellt und man über Mannschaften darauf ein, das in einer Minute sechstausend Schuß abgeben könne und zwar gleichzeitig aus drei Läufen nach drei Richtungen. Dieses Maschinengewehr werde elektrisch betrieben von einem Manne, der eine halbe Stunde vom Standort der Waffe verborgen sei. Das stand wörtlich in dem größten Blatte der Welt, in der einst anständigen „Times“!

Ferner schrieb dieser Sonderkorrespondent angeblich aus München: Hunderttausende würden allein in Bayern siebentausend auf den Machkrieg vorbereitet und einbezogen. Tausende von Kampflinien seien schon bereit, andere Waffen und Ausrüstungen seien in Hülle und Fülle vorhanden und wohlverborgen. Diesmal kam die Sache so toll und knüppelbald, daß der Zweck der Artikel vielleicht durch diese maßlosen Übertreibungen beeinträchtigt wird. Aber Northcliffe kennt seine Leute! Es wird doch geschickt, und er hat seinen Feldzug so geschickt organisiert, daß dieselben gefährlichen Verleumdungen gleichzeitig in einem Duzend Blätter in Belgien und Frankreich wiederholt und immer wieder wiederholt werden, so daß sie, nach der alten Verleumdungstaktik, daß immer etwas hängen bleibt, in die Köpfe der Millionen einschlämmt werden und schließlich das französische Volk ängstlich nach „Sicherheiten“ schreit. Dann ist Briand gekommen, auf den militärischen „Sanktionen“ zu bestehen, Verstärkung der Besatzung, Einmarsch in das Ruhrgebiet, Niederreißung der „Deutschen Werke“, Kontrolle der gesamten deutschen Industrie zu fordern und der Unheilshüter hat sein Ziel erreicht. Auch Oberstleutnant ist nicht zuletzt die traurige Frucht dieser Arbeit gewesen, denn schließlich hat das Mäpfer von der Waffenkammer die Entscheidung von Genf bemänteln müssen.

Die oben geschilderte Arbeit haben Northcliffes Trabanten besorgt; den schmierigsten und gefährlichsten Teil hat er selbst übernommen. Es galt, die Washingtoner Konferenz ebenso ungünstig Deutschlands zu beeinflussen und zu lenken, wie man Genf beeinflusst und gelenkt hat. Im August hat er sich persönlich auf Reisen gemacht. Er hat zunächst den Präsidenten Harding und den Staatssekretär Hughes nachdrücklich bearbeitet, ist dann nach Kanada, nach Australien, nach Neuseeland — bis alle an der Konferenz teilnehmen — nach Polynesien, nach China gefahren und wird in den nächsten Tagen in Japan sein. Die ganze Welt hat er so mit antideutschem Geist erfüllt. Es gilt in Washington einen Beschluß zu fassen, der Frankreich

von der Abreise befreit, weil Deutschland — dazu haben ja die Trabanten Northcliffes vorgearbeitet — den Machkrieg in der gefährlichsten Weise vorbereite, und es gilt ferner, die Washingtoner Konferenz davon abzuhalten, sich irgendwie mit der Entscheidung der furchtbaren Lage Deutschlands zu befassen. Nun kommt unser sprichwörtliches Unglück ihm auch noch zu Hilfe, das als ersten Vertreter Englands nicht Lloyd George, sondern Balfour nach Washington bringt, den Mann, der uns bewußt und unbewußt in Sachen Oberschlesiens so entsetzlich geschädigt hat, den Mann, der durch Erziehung und Neigung deutschfeindlich ist.

## Politische Neuigkeiten.

### Die Rede Briands.

Der letzte Teil der Rede Briands ist in dem von uns veröffentlichten Wolff-Telegramm nicht gegeben worden. Er lautet:

Das französische Militärgesetz sieht drei Klassen vor, die für die Dauer von drei Jahren unter den Fahnen stehen. Dieses Gesetz ist nicht abgeschafft worden, aber die Regierung hat die Dienstzeit auf zwei Jahre verkürzt. Auf diese Weise ist die Verkürzung des Heeresbestandes der Heimaufstellung um ein Drittel bereits durchgeführt worden. Aber diese Verminderung genügt nicht. Die Regierungspläne sehen weitere Beschränkungen für die Zukunft vor. Morgen werden nur einundneunzig Klassen einberufen werden. Die Heimaufstellung werden auf die Hälfte ihres Bestandes verkürzt werden. Ich sage, daß weiterzugehen geradezu unmöglich ist. Ich könnte es nicht tun, ohne uns den schwersten Gefahren auszusetzen. Die „Frankf. Ztg.“ bemerkt dazu mit Recht: „Morgen. Wann ist morgen? Herr Briand hat sich auf keinen bestimmten Zeitpunkt verpflichtet. Auch ist seine Rechnungsweise irreführend. Gegenwärtig umfaßt die französische Armee zwei Klassen. Später soll sie ein und eine halbe Klasse umfassen. Das gegenwärtige Niveau wird also nur um ein Viertel seines jetzigen Bestandes verringert werden.“

### Ein nüchternes neutrales Urteil.

Der „Berliner Bund“ schreibt zu der Rede Briands: Wir wollen uns die Gegenfrage, wie es denn mit der moralischen Abänderung in Frankreich steht, schenken und nur sagen, daß uns die Behauptungen des französischen Premiers übertrieben scheinen. Das Deutschland der Ludendorff ist nicht das wahre Deutschland und jedenfalls nicht dasjenige, das die Macht in Händen hat. Aber gerade diesem neuen Deutschland wird das Leben so schwer wie möglich gemacht und grade ihm wird so wenig Vertrauen geschenkt. Man wird sich auch in Frankreich einmal anders einstellen müssen, mit der Kriegsdurchsicht und der Angst abbauen und dazu kommen müssen, selbst einem geschlagenen und gewiß stark betasteten Gegner Glauben und Vertrauen zu schenken.

### Der Papst über die politische Lage.

Nach einer Stefani-Meldung hielt der Papst im Konsistorium am 22. d. Mts. eine Ansprache, in der er sagte, daß die nach dem Krieg durch Neuordnung entstandenen Staaten oder vergrößerten bereits bestehenden Staaten keinen Anspruch darauf hätten, die vom Heiligen Stuhl anderen Staaten durch Konkordat oder besondere Abmachung gewährten Vorrechte für sich zu fordern. Infolgedessen hätten diese jetzt für sie keine Gültigkeit mehr. Wenn diese Staaten jedoch neue Verträge abschließen wollten, sei der Heilige Stuhl bereit, mit ihnen zu verhandeln. Weiter führte der Papst aus, die Völker wünschten den inneren und äußeren Frieden. Er behaupte, feststellen zu müssen, daß der Friedensvertrag nicht mit dem Geiste des Friedens erfüllt sei und daß fast alle Staaten, besonders die europäischen, sich noch immer in sehr schweren Kämpfen seufzten, so daß man täglich mehr empfinde, wie notwendig die Hilfe Gottes sei. Zum Schluß kam der Papst auf die Einschränkung der Rüstungen zu sprechen. Er hege den innigen Wunsch, daß die Arbeit in der Washingtoner Konferenz erfolgreich sein möchte.

### Aufstellung einer farbigen Armee in Frankreich.

Zu einer Meldung des „Deuvre“, daß insgeheim Vorbereitungen zur Aufstellung einer farbigen Armee in Frankreich getroffen würden, bemerkt die „Agence Havas“, daß es in dieser Angelegenheit in Wirklichkeit kein Geheimnis gebe. Der Gesandtschaft über den Stand der Armee sage tatsächlich, daß eine Einschränkung der Dienstzeit nur unter der Bedingung möglich sei, daß die Verminderung des Bestandes durch die Aufnahme einer genügenden Anzahl Militärs ausgeglichen würde, die über die geforderte Dienstzeit hinaus dienen, und andererseits durch die Einstellung schwarzer Truppen.

### Die deutsch-polnische Konferenz.

Gestern vormittag wurde in Genf die deutsch-polnische Konferenz durch eine Begrüßungsansprache des Generalsekretärs des Völkerbundes Sir Eric Drummond und durch eine längere Rede des Präsidenten, Felix Calonder, eröffnet, worauf Reichsminister a. D. Schiffer und der polnische Bevollmächtigte, Olszowski, antworteten. Eine zweite Sitzung fand am Nachmittag statt, in der der Arbeitsplan besprochen wurde. Es wurde beschlossen, die Materie auf 11—12 Unterausschüsse zu verteilen, die voraussichtlich in Dausig tagen werden. Eine dritte, voraussichtlich die letzte Sitzung der beiden Abordnungen, findet heute nachmittag statt. Im Anschluß an die zweite Sitzung gab die Konferenz folgende amtliche Mitteilung aus:

Der von den a. und a. Hauptmächten angenommene Beschluß des Völkerbundesrats über Oberschlesien sieht ein Abkommen zwischen Polen und Deutschland zur Ergänzung des Übergangsregimes in Oberschlesien und des Minderheitenschutzes vor. Die erste Sitzung der deutsch-polnischen Konferenz fand heute im Völkerbundspalast unter dem Vorsitz des Präsidenten Calonder statt. Deutschland war vertreten durch den Reichsminister a. D. Schiffer, Staatssekretär Dr. Lenow und den Grafen Schulenburg vom Auswärtigen Amt, Polen durch den bevollmächtigten Gesandten Cassimir Olszowski, den Legationsrat Borowski und den Sekretär im Ministerium des Äußerer Krametzky. Nach einigen Begrüßungsworten des Generalsekretärs eröffnete Calonder die Sitzung, indem er ihre Aufgaben charakterisierte. Beide Vertretungen legten den größten Wert darauf, festzustellen, daß sie mit dem Geist der Versöhnung an ihre Aufgaben herantreten würden und mit dem Bewußtsein, daß nicht nur die beiden Länder, sondern auch die ganze Welt an einer befriedigenden Lösung der durch die Teilung Oberschlesiens aufgeworfenen Fragen interessiert seien. Über das einzuschlagende Verfahren fand eine Vorbesprechung statt. Ein von Olszowski vorgebrachter und unterbreiteter Vorschlag wurde als Verhandlungsmodus angenommen. Die Konferenz untersuchte nunmehr die Frage der Arbeitsteilung auf die verschiedenen Unterkommissionen und die Frage, an welchem Ort die Unterkommissionssitzungen stattfinden sollten. Die Aussprache über diese beiden Punkte wurde auf heute vertagt.

## Besprechung über die Teuerung.

Wie das „Berliner Tageblatt“ mitteilt, wurden sowohl im Reichswirtschaftsministerium als auch in der Reichsanzeiger die durch die Teuerung und die Veränderungen von Verkaufsständen in Berlin geschaffene Lage besprochen. An den Besprechungen nahmen Reichsanzeiger Dr. Wirth, der Minister des Innern Dr. Müller, Reichswirtschaftsminister Schmidt und Reichsjustizminister Radbruch teil. Vom preussischen Staatsministerium waren Ministerpräsident Braun und der Minister des Innern Cövering erschienen. Nach den Informationen des genannten Blattes sei ein Umbau der bestehenden Preisprüfungs-Kommissionen beabsichtigt. Sie sollen durch Institutionen abgelöst werden, in denen den Konsumenten eine stärkere Mitwirkung gesichert werde, wie bisher. Auch soll diesen Institutionen im Zusammenhang mit den Polizeibehörden eine größere Exekutivmacht verliehen werden, damit sie bei Fällen von Wucher und Preisdreibern sofort eingreifen können.

## Eine kommunistische Groteske.

Die in Berlin anwesenden Delegationen aus dem Reich, die bei dem Reichsjustizminister Radbruch wegen der Freilassung der politischen Gefangenen vorstellig geworden sind, haben sich, wie die „Köln. Ztg.“ mitteilt, als provisorische Körperschaft konstituiert, um die gesamte deutsche Arbeiterschaft zum Kampf gegen das herrschende politische System aufzurufen. Die Konferenz der Delegationen beschloß, mit den sozialistischen Parteien und dem Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund in Verbindung zu treten. Ferner sollen die Berliner Betriebsräte zu einer Konferenz zusammenberufen werden, in der von den Delegationen beantragt werden soll, einen allgemeinen deutschen Betriebsrätekongress oder einen Kongress von Betriebsvertretungen aus dem ganzen Reich und sämtlichen Arbeiterparteien und Gewerkschaften in kürzester Frist einzuberufen.

Der „Vorwärts“ erklärt hierzu, daß es sich hierbei um eine kommunistische Groteske handelt. Der Führer dieser neuesten Körperschaft sei ein konfuser Kommunist namens Wallstab aus Stafffurt. Die Mehrheitssozialdemokraten und der allgemeine deutsche Gewerkschaftsbund hätten es abgelehnt, mit der Körperschaft in Verbindung zu treten. Einer von ihr zu einer Sitzung des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes und der beiden sozialdemokratischen Parteien entsandten Delegation wurde der Zutritt verweigert.

## Kurze polit. Nachrichten.

\* **Aufhebung der Demobilisierungsvorschriften.** Im Zusammenhang mit den gegenwärtig schwebenden Beratungen über die Sanierung der Reichsbetriebe wird auch die Aufhebung der Demobilisierungsvorschriften erwogen.

\* **Das Ende der Kriegsgesellschaften.** Im parlamentarischen Ausschuss zur Überwachung der liquidierten Kriegsgesellschaften wurde vom Reichsfinanzministerium berichtet, daß bisher insgesamt 143 Kriegsgesellschaften aufgelöst und gelöst sind. In Liquidation befinden sich noch 47 Gesellschaften. Von diesen wird der größte Teil bis Ende dieses Jahres verschwunden sein. Nicht in Liquidation getreten waren bis 1. November vier Gesellschaften, und zwar die Reichsgetreidebörse, die Reichsschulversorgungs-, die Einfuhrstelle für Getreide und Futtermittel und die deutsche Seevereisungsgesellschaft von 1914.

\* **Überprüfung sämtlicher Urteile gegen politische Gefangene.** Nach einer Meldung der „Freiheit“ erklärte Reichsjustizminister Radbruch Vertretern politischer Jugendorganisationen, daß sämtliche gegen politische Gefangene ergangenen Urteile noch einmal überprüft werden würden, dabei werde besonders Rücksicht genommen auf jugendliche Gefangene, die bestimmt alle begnadigt würden.

\* **Weitere Hungerstreiks.** Nach einer Meldung der „Köln. Ztg.“ sind in der Strafanstalt Tegel bei Berlin über 100 politische Gefangene in den Hungerstreik getreten. Auch die politischen Gefangenen der Strafanstalt Neugard haben die Nahrungsaufnahme verweigert.

\* **Abschließung in der englischen Textilindustrie.** Da jegliche Auslandsaufträge fehlen, herrscht in der englischen Textilindustrie Abschlößung. Die Textilindustriellen von Lancashire haben beschlossen, nur noch 4 Tage in der Woche zu arbeiten.

\* **Tagung der höheren Kommunalbeamten.** Am 20. November hat im Stadtschloß in Potsdam unter dem Vorsitz des Reichsministers a. D. Dr. Scholz der diesjährige Vertretertag der Berufsvereine der höheren Kommunalbeamten Deutschlands stattgefunden. Die Verhandlungen waren getragen von dem einmütigen Bekenntnis zu einer festen Staatsgewinnung unter Ablehnung jeder parteipolitischen Einstellung des Verstandes.

\* **Stinckhomben im Berliner Stadtparlament.** Zu förmlichen Auftritten kam es in der Berliner Stadtverordnetenversammlung in der Debatte über die 9 Millionenvorlage. Aus diesen 9 Millionen sollte der Erwerbslose besonders unterstützt werden. Die Erwerbslosen waren sehr zahlreich auf der Tribüne erschienen. Sie begleiteten die Reden der Reden mit Zurufen wie: Halunken, Verbrecher, Ihr müßt an die Laternen usw. Auch zwei Stinckhomben wurden niedergeworfen. Stadtverordneter Herr Kulaßpari ließ die Tribünen räumen. Die Vorlage des Magistrats über die Erhöhung der Gehälter für die Beamten und Festangestellten mit den dazu gestellten Anträgen wurden einem Ausschuss überwiesen. Dasselbe geschah mit der Vorlage von 9 Millionen Mark zur Unterstützung der Arbeitslosen.

\* **Der Abtransport amerikanischer Truppen.** Amerikanische Blätter melden, daß in den letzten Tagen Befehle an das Oberkommando der Rheintruppen abgegeben seien, den Abtransport der Truppen einzuleiten. Der erste Transport werde in der nächsten Woche von Antwerpen abgehen. Weitere Transporte sollen im Dezember folgen. Bis März soll die Hälfte der gegenwärtig im Rheinland befindlichen amerikanischen Truppen abtransportiert sein.

\* **Grundman t.** Im Alter von 89 Jahren ist der bekannte Führer der englischen Arbeiterschaft, Grundman, gestorben.

\* **Ein Mörder Erbergers verhaftet?** Das Presseamt des Berliner Polizeipräsidiums teilt mit: Der Polizei hat sich ein Mann freiwillig gestellt, welcher behauptet, mit dem Mörder Erbergers identisch zu sein. Da der Mann keinerlei Papiere bei sich hatte und auch die von ihm angegebenen Geburtsdaten mit denen Killefens nicht übereinstimmen, müssen seine Angaben mit großer Vorsicht aufgenommen und geprüft werden. Er lehnt die Verantwortung gewisser für seine Identifizierung aufserordentlich wichtiger Fragen ab. Seine Gesichtszüge weisen eine gewisse Ähnlichkeit mit der vorliegenden Photographie auf, auch stimmt mit der Personenbeschreibung überein, daß sich über den Namenriden eine Narbe zieht.

# Anfrage im Landtag wegen der Kartoffelversorgung.

Auf eine kurze Anfrage antwortete am Dienstag im Landtag Ober-Regierungsrat Dr. Knappinger im Auftrag des Ministeriums des Innern wie folgt:

Die gestellte kurze Anfrage, die wissen will, was die Regierung zur Steuerung der großen Kartoffelnot getan hat, oder tun will, erweckt den Anschein, als ob es heute noch Aufgabe der Regierung sei, die Verbraucher mit Kartoffeln zu versorgen.

Der Landtag hat aber bereits in seiner Sitzung vom 20. Juli 1920 sich dahin ausgesprochen, daß die öffentliche Bewirtschaftung der Kartoffeln aufhöre. Der damals vom Landtag eingesetzte Ausschuss hat sich auf den von der Regierung im gemachten Einwand mit der Frage beschäftigt, ob etwa durch Verträge zwischen dem Erzeuger und den verbrauchenden Städten ein gewisser Notbedarf sicher gestellt werden soll. Für das Wirtschaftsjahr 1919/20 war der von Baden an die Reichskartoffelstelle aufgebene Notbedarf von 600 000 Zentner beantragt. Der Ausschuss beschloß für die vorjährige Ernte einen Notstandsbedarf nicht sicher zu stellen, da bei guter Ernte der sichergestellte Notbedarf von der Bevölkerung nicht abgenommen würde, die in diesem Falle sich frei eindecken und die Kommunalverbände auf den durch Vertrag gesicherten Kartoffeln sitzen würde.

Auf Grund dieses Beschlusses baute das Ministerium des Innern die zwangsweise Kartoffelbewirtschaftung ab. Das Reichsministerium für Ernährung und Landwirtschaft hob einige Monate später die gesetzlichen Bestimmungen für die öffentliche Bewirtschaftung der Kartoffelversorgung für die Ernte 1920 auf mit der Empfehlung an die Gemeinden, ihre Sorge für den Notstandsbedarf zu tragen.

In der Sitzung des Landtags vom 20. Januar 1921, in welcher wie vorher schon so oft, wieder einmal über die Bewirtschaftung der noch bestehenden Reste der Zwangswirtschaft verhandelt wurde, sah sich der Minister des Innern genötigt, zu erklären, daß nach der Stellung des Landtages vom 20. Juli 1920 der Zwangsbewirtschaftung nur noch Milch, Butter und Brotgetreide unterliegen. Das Ministerium des Innern habe sich im übrigen an den Beschluß des Landtages vom 20. Juli 1920 für gebunden gehalten.

Da somit die gesetzlichen Voraussetzungen für eine allgemeine Enteignung und Bewirtschaftung der Kartoffelbörse fortgefallen sind, stehen der Regierung keine Nachmittel mehr zur Verfügung, um der Auswirkung der freien Wirtschaft auf Preisbildung und geregelte Versorgung entgegen zu treten.

Das Ministerium des Innern hat somit nur noch die Möglichkeit, die mit dem freien Handel verbundenen Auswüchse zu bekämpfen.

Das öffentliche Interesse erfordert die Erzielung eines gerechten Preises. Vor dem Kriege standen die Kartoffelpreise im Durchschnitt auf 3 M. pro Zentner, je nach Ausfall der Ernte. Im Jahre 1919 war ein Höchstpreis von 25 M. festgesetzt und im Jahre 1920 ein solcher von 31,75 M. inklusive einer Prämie. Bei Beginn der diesjährigen Kartoffelernte bewegte sich der Zentnerpreis zwischen 40 und 55 M. Infolge sehr starker Nachfrage sprang aber schnell dieser Preis stark in die Höhe. Für die zurzeit auf den Markt gebrachten Kartoffeln werden 110 bis 120 M. gefordert.

Was ist nun geschehen?

Das Ministerium des Innern hat die Preisentwässerung der Kartoffeln ständig verfolgt und mehrfach Anordnungen zur Bekämpfung übermäßiger Preissteigerung erlassen. Es hat außerdem in zahlreichen Fällen helfend und unterstützend eingegriffen, um die Befriedigung der ländlichen Bevölkerung mit Kartoffeln zu fördern, soweit dies nach Freigabe des Verkehrs mit Kartoffeln noch möglich ist.

So waren schon im Juli dieses Jahres aus Anlaß der Auflösung der Bucherabteilung des Landespreisausschusses die Bezirksämter und Polizeibehörden allgemein angewiesen worden, der Preisbildung verschärfte Aufmerksamkeit zu schenken. Genausfalls schon im Juli sind die Verhandlungen wegen Tarifreduzierung beim Kartoffeltransport eingeleitet worden, die bekanntlich zu einem Ausnahmetarif für Kartoffeln bei Aufgabe als Stückgut geführt haben.

Um ein Abfließen der Kartoffeln aus dem Bedarfslande Baden nach Außerbadem möglichst einzuschränken, blieb die Vorschrift aufrecht erhalten, daß Kartoffeln nach Außerbadem nur mit einem von der Landesbezugsstelle abgestempelten Frachtbrief versandt werden dürfen.

Am 10. August sind Vorstellungen beim bayerischen Staatsministerium für Ernährung und Landwirtschaft in München erhoben worden wegen der Zufuhr von Kartoffeln aus der Pfalz nach Mannheim, worauf Anfang September die Zuführung gegeben wurde, daß diese Zufuhr nach Möglichkeit erleichtert werden würde.

Ende September waren die Polizeidirektionen des Landes zu einer Befragung in das Ministerium berufen worden, auf Grund deren am 1. Oktober eine allgemeine Befragung erging, daß die auf fast allen Gebieten der Bedarfsdeckung sich ergebenden Preissteigerungen eine vermehrte Tätigkeit der Polizeibehörden bei der Bekämpfung der Preissteigerung und des Wuchers zur unbedingten Notwendigkeit machen.

Auf 5. Oktober sind auf Vorstellung einiger Vertreter der Arbeiter der Maschinenbaugesellschaft, daß die von ihnen beauftragten zu 50 M. der Zentner gekauften Kartoffeln von Händlern zum Preis von 58 M. weggekauft worden seien, die Bezirksämter der Waar telegraphisch angewiesen worden, bei Beschaffung von Kartoffeln für den genannten Betrieb behördlich zu sein und zugleich die Händler schriftlich daraufhin zu kontrollieren, ob sie Händlererlaubnis besitzen oder sich einer übermäßigen Preissteigerung schuldig machen. Zugleich wurde das Justizministerium ersucht die Staatsanwaltschaften anzuweisen, daß bei Feststellung von unerlaubtem Handel und übermäßiger Preissteigerung möglichst sofortige Verurteilung nach dem abgekürzten Verfahren der Buchergerichtsverordnung herbeigeführt wird.

Am 6. Oktober ist eine Eingabe des Ortsausschusses Karlsruhe des Allgemeinen deutschen Gewerkschaftsbundes dem Justizministerium übermittelt worden mit dem gleichen Ersuchen. Der Generalstaatsanwalt hat hierauf mit Erlaß vom 7. Oktober die Staatsanwaltschaften verständigt, daß jede strafbare Handlung wegen Preissteigerung oder unerlaubtem Handel möglichst vor die Buchergerichte zu bringen ist, um dort in dem abgekürzten Verfahren auf verschärfte Strafen erkennen zu können.

Am 10. Oktober ist das Ernährungsministerium in Stuttgart telegraphisch ersucht worden die Zufuhr von 15 000 Zentner Kartoffeln für die Stadt Karlsruhe frei zu geben.

Am 11. Oktober ging den Bezirksämtern und Staatsanwaltschaften eine Zusammenstellung der wichtigsten zur Bekämpfung des Wuchers in Frage kommenden gesetzlichen Bestimmungen zu mit einer kurzen Erläuterung. Wie erinnerlich haben die bayerische und preussische Regierungen erst vor wenigen Tagen gleichgerichtete Veröffentlichungen ergeben lassen.

Am 14. Oktober ist das Württembergische Ernährungsministerium unter ausführlicher Darstellung unserer Notlage dringend und nachdrücklich ersucht worden, Anträgen von Städten, Konsumvereinen, Fabriken, gemeinnützigen Organisationen usw. auf Bekämpfung der Ausfuhr von Kartoffeln, wenn irgend möglich zu entsprechen, worauf die Antwort kam, daß gegen diese Ausfuhr grundsätzlich keine Bedenken bestehen.

Am 17. Oktober ersuchte das Ministerium das Reichsverkehrsministerium Berlin die Maßnahmen zur Verbesserung der Bestellung von geschlossenen Wagen auch auf den Verkehr nach Baden auszuweiten.

Am 19. Oktober ist wegen der Mängel und Schwierigkeiten in der Kartoffelversorgung ein Erlaß an die Bezirksämter gegangen mit der Anweisung, die Händler und Käufer schriftlich zu überwachen, jede Preissteigerung der Staatsanwaltschaft zur Verfolgung zu übergeben und unzuverlässigen Händlern den Handel zu untersagen.

Am 21. Oktober ist ein Runderlaß hinausgegangen, in dem gegenüber den Bezügen, die bestehende Notlage zum Fordern unangemessen hoher Preise zu mißbrauchen, auf die erhöhte Bedeutung der Preisprüfungsstellen hingewiesen wurde, wobei die wichtigsten Aufgaben der Preisprüfungsstellen an Hand der gesetzlichen Bestimmungen aufgezählt wurden.

Am 4. November erging ein telegraphisches Ersuchen an das Reichsverkehrsministerium wegen Bestellung von 70 Wagen zum Abtransport der in Pommern durch die Einfuhrgefahr des badischen Lebensmittelgroßhandels gelauteten Kartoffeln. Die Wagen sind dann auch gestellt worden.

Am 8. November sind nochmals dringliche Vorstellungen beim Württembergischen Ernährungsministerium erhoben worden mit dem Ersuchen dafür besorgt zu sein, daß die sowohl schriftlich wie auch telephonische Anfrage auch mehrfach mündlich gegebene Zusicherung, es stehe der Ausfuhr von Kartoffeln nach Baden grundsätzlich nichts im Wege, in der Tat umgesetzt werde durch Erteilen der Erlaubnis in den zahlreichen von dem Ministerium bereits befürworteten Ausführungsanträgen.

Mit Runderlaß vom 15. November hat das Ministerium des Innern nochmals alle zur Bekämpfung des Wuchers in Frage kommenden Bestimmungen zusammengefaßt und zu rückfichtsvollem Vorgehen gegen die Bucher und St. H. heraufgefordert; zugleich wurde das Justizministerium ersucht, die Staatsanwaltschaften nochmals auf die Notwendigkeit schärfsten Vorgehens hinzuweisen und auch die Gerichte darauf aufmerksam zu machen, daß nur rasche und scharfe Urteile abschreckend auf die Bucher und beruhigend auf die Bevölkerung wirken könnten.

Einen gleichgerichteten Erlaß hat der Generalstaatsanwalt am 14. November an die Staatsanwaltschaften gerichtet.

Am 15. d. M. trat der Minister des Innern mit den Herren des Ernährungsministeriums in Stuttgart wegen der Zurückhaltung von Kartoffelbeständen aus Württemberg nach Baden in persönliche Verhandlungen. Eine vorherige direkte Führungsnahme war zunächst wegen dem Ministerwechsel in Württemberg und Johann wegen Abwesenheit des neuen Ernährungsministers nicht möglich. Das Reichsministerium für Ernährung hat nunmehr im Benehmen mit dem Reichsverkehrsministerium die Befreiung jeder Frachtbürokontrolle angeordnet, so daß nunmehr ein ungehindertes Verkehr mit Kartoffeln möglich ist, sofern hierbei die in den einzelnen Ländern maßgebenden Höchstpreise beachtet werden, so daß ein staatsanwaltschaftliches Eingreifen hierwegen nicht abermals die Befreiungen inibiriert.

Die Landwirtschaftskammer sowohl wie die landwirtschaftlichen Hauptverbände haben erfreulicherweise von sich aus ihre Mitglieder ersucht, nach Möglichkeit Kartoffeln zu verkaufen. In Rücksicht auf die Tatsache jedoch, daß, von dem Willen bittet noch höhere Preise zu erzielen, die Zufuhr von Kartoffeln nach den Städten in der letzten Zeit sehr gering war, hat das Ministerium des Innern mit Erlaß vom 17. November diese Verbände aufgefordert, Vorbereitungen zu treffen, damit bei vorübergehenden Nachlassen der Mäkte Kartoffeln den Markt gebracht werden können.

Zu erwähnen bleibt noch der Gedanke, ob es nicht möglich wäre, durch Zuschüsse den Preis der Kartoffeln nieder zu halten wie das in Bayern bekanntlich versucht wurde. Dieser Versuch erscheint in Baden aussichtslos, denn er setzt voraus, daß man es wie in Bayern mit einem abgeschlossenen Wirtschaftsbereich zu tun hat, das seinen Eigenbedarf selbst aufbringt. Unter dieser Voraussetzung erscheint es allerdings möglich, durch Verbilligung von Frachten und auch durch Preisfestsetzung die Preise nieder zu halten. Diese Voraussetzungen treffen aber für Baden nicht zu.

Schließlich noch ein Wort zu den durch die Presse geübten Vorwürfen über Ausfuhr von großen Mengen nach der Schweiz. Hierzu ist zu sagen, daß weder das Ministerium des Innern noch der Bevollmächtigte des Reichsbeauftragten des Reichskommissars für Aus- und Einfuhrbewilligungen Genehmigung zur Ausfuhr von großen Mengen Kartoffeln gegeben hat. Ob tatsächlich deutsche Kartoffeln in großen Mengen in der Schweiz zum Verkauf gekommen sind, darüber sind noch Feststellungen im Gange.

Die Einfuhrmengen des Ministeriums des Innern sind also doch in ausnehmendem Maße: Nur unter der Zwangsverwaltung wäre es möglich gewesen, Höchstpreise zu bestimmen und die Herausgabe der Kartoffeln nötenfalls durch Entnahme zu diesem Preise zu erzwingen. Dies ist durch Freilassung der Kartoffeln von der Zwangsverwaltung gesetzlich ausgeschlossen. Es besteht deshalb für das Ministerium nur die Möglichkeit, gegen Auswüchse beim Ankauf der Kartoffeln einzuschreiten, im übrigen aber helfend und unterstützend einzugreifen, um Kartoffeln herein zu bekommen.

## Badische Uebersicht.

### Der Verwaltungsrat der Gebäudeversicherungsanstalt.

Von zuständiger Stelle wird uns geschrieben: Die unmittelbare Verwaltung der Bad. Gebäudeversicherungsanstalt, deren obere Leitung durch das Ministerium des Innern stattfindet, ist zu einem sog. engeren Verwaltungsrat übertragen, der aus drei Mitgliedern besteht. Neben ihm gibt es noch einen erweiterten Verwaltungsrat, der sich aus Gebäudebesitzern, die die Kreisversammlung gewählt haben, zusammensetzt. Die Mitglieder des engeren Verwaltungsrates sind vom Staatsministerium auf Vorschlag des Ministeriums des Innern ernannt; sie wurden seit Jahren regelmäßig den Kollegialmitgliedern des Ministeriums des Innern entnommen und bejournen demnach die Verwaltung der Anstalt in Nebenamt.

Der Geschäftskreis und damit die Arbeitsleistung der Gebäudeversicherungsanstalt haben in den letzten Jahren einen beträchtlichen Umfang angenommen, das eine Umbildung dieses engeren Verwaltungsrates dringend geboten erscheint. Die steigende Bedeutung hat die zu gewährenden Brandentschädigungen eine Höhe erreicht, die

sen, die man vor wenigen Jahren noch kaum für möglich gehalten hätte. Der in viele Millionen gehende Umsatz und die Schwierigkeiten in der Festsetzung der Prämien und der endgültig zu bewilligenden Entschädigungen haben nicht nur die Arbeitslast der Anstalt wesentlich erhöht, sondern auch die Verantwortung derartig gesteigert, daß weiterhin die Führung der Verwaltung lediglich als Nebenamt im Interesse der die Lasten tragenden Gebäudebesitzer nicht mehr angängig erscheint.

Es ist deshalb eine Umbildung des engeren Verwaltungsrates dahingehend in Anregung gebracht worden, daß im Verwaltungsrat der Gebäudeversicherungsanstalt in Zukunft Beamte im Hauptamt tätig sein sollen. Der erweiterte Verwaltungsrat hat bereits in einer Sitzung vom Montag, den 14. November dem Vorschlag einer solchen Umbildung einstimmig seine Zustimmung erteilt. Seinem dringenden Wunsch entsprechend ist der langjährige Vorstand des Verwaltungsrates der Gebäudeversicherungsanstalt, Ministerialdirektor A. n o l d, an der Spitze der Verwaltung geblieben und demzufolge vom Staatsministerium hauptamtlich zum Präsidenten der Anstalt ernannt worden.

### Badischer Landtag.

DZ. Eingänge. Dem Landtag ist ein sozialdemokratischer Antrag zugegangen, die Vorbereitungen für das Baujahr 1922 so zu treffen, daß schon anfangs des Jahres mit dem Bau begonnen werden kann.

Das Zentrum beantragt Vorlegung einer Denkschrift, die folgende Fragen behandelt: Bildung einer eigenen Ministerialabteilung, welche die gesamte Land- und Forstwirtschaft, sowie die Domänen umfaßt; oder Bildung einer besonderen Abteilung für Landwirtschaft unter Ausschluß der Domänen und Forsten; Unterstellung dieser neuzubildenden Abteilung unter ein bereits bestehendes Ministerium oder Überlassung der Gesamtförderung der Landwirtschaft an die Landwirtschaftskammer.

### Der neue Direktor der Fürsorgeerziehungsanstalt Flehingen.

Zum Direktor der Fürsorgeerziehungsanstalt Flehingen ist der Regierungsmedizinalrat Professor Dr. Gregor bei der Heil- und Pflegeanstalt in Leipzig-Dösen ernannt worden. Damit wird ein Arzt die Leitung der größten staatlichen Fürsorgeerziehungsanstalt in Baden übernehmen, der auf dem Gebiete der Psychiatrie und besonders der sozialen Psychiatrie als Autorität gilt.

Professor Dr. Gregor, der auch als Dozent für Psychiatrie an der medizinischen Fakultät der Universität Leipzig wirkt, hat reiche Erfahrungen während seiner Tätigkeit in Frauen- und Kinderheilstätten gesammelt. Er war nahezu 8 Jahre Anstaltsarzt an der psychiatrischen und Nervenklinik der Universität Leipzig und ist seit Februar 1913 in gleicher Eigenschaft an der Landesheil- und Pflegeanstalt in Leipzig-Dösen tätig. Als ärztlicher Berater der Leitung des zur Untersuchung psychopathischer Fürsorgeerziehlinge bestimmten Heilerziehungsheims Kleinmünster und als Leiter der mit dem Heim verbundenen Beobachtungsstation war ihm auch reichliche Gelegenheit zur Betätigung auf dem Gebiete der Fürsorgeerziehung gegeben. Bemerkenswert ist, daß er auch eine ganze Reihe wissenschaftlicher Werke aus dem Gebiete der Jugendverwahrlosung und der Psychopathenbehandlung veröffentlicht hat, die von der Wissenschaft und von der Praxis gleich hoch bewertet werden. Es sei hier nur auf seine Werke über „anormale Kinder“ und über „die Verwahrlosung“ hingewiesen.

Professor Dr. Gregor wird den Dienst in Flehingen demnächst antreten. Er wird auch die Oberleitung über die zur Unterbringung von psychopathischen Fürsorgeerziehlingen bestimmte Fürsorgeerziehungsanstalt in Sinsheim erhalten.

### Angebliche Verhaftungen wegen Geheimbündelei.

Die „Frankf. Ztg.“ läßt sich aus Berlin melden: „Wie dem „Vorwärts“ von unterrichteter Seite mitgeteilt wird, sind in den letzten Tagen auf Veranlassung der badischen Landespolizeibehörden verschiedene Persönlichkeiten verhaftet worden, die einer rechtsistischen Geheimorganisation angehören. Die Verhaftungen sind wegen Geheimbündelei erfolgt. Nähere Einzelheiten darüber liegen noch nicht vor.“

Hierzu erfahren wir von zuständiger Stelle: Es sind in den letzten Tagen durch badische Kriminalbeamte in verschiedenen deutschen Städten Verhaftungen vorgenommen worden, die im Zusammenhang stehen mit der Verfolgung der im Anschluß an die Ermordung Erbvertrags aufgedeckten Geheimorganisationen. In Baden sind Verhaftungen in der Angelegenheit nicht erfolgt.

### Kurze Nachrichten aus Baden.

\* Badischer Revisionsverein. Die badische Gesellschaft zur Überwachung von Dampfseifen in Mannheim führt vom 1. Januar 1922 an den Namen „Badischer Revisionsverein“.

#### Eisenbahn-Verkehrshemmnisse.

Aufgehoben wird die Annahmeperrone für Frachtkübel auf Frankfurt Übergang mit Ausnahme von Leertgut und zurückgehendem Radmaterial.

Gesperrt ist Annahme von Frachtwagenladungen Düren Ort und Übergang sowie nach allen Bahnhöfen Aachen Ort und Übergang. Ausgenommen sind Lebensmittel Befahrungsgut und Wiederaufbaugut.

Sperre Ludwigshafen a. Rhein wird wie folgt geändert: Annahme von Frachtwagenladungen nach Ludwigshafen Ort und Übergang gesperrt. Ausgenommen sind Lebensmittel Futtermittel, Brennstoffe, Befahrungsgut, Wiederaufbaugut, Kohlen, Ladungen nach Oppau-Ebelsheim, Getreide für die Walzenmühle Ludwigshafen und Sendungen mit Tarifstation Ludwigshafen, Amisfabrik.

Gesperrt ist ferner Annahme von: a) Eis- und Frachtwagenladungen Emmerich Ort und 11 Richtung Holland, ausgenommen Kohlen Emmerich Ort und 11 und Lebensmittel Emmerich Ort, b) Frachtwagenladungen nach Hamburg Hbf, S.-Barmbeck, S.-Sternschanze, S.-Hbf Süd, S.-Hbf Kai rechts, Altona, Altona-Kai, Altona-Bahrenfeld und Wilhelmshagen. Ausgenommen sind Kohlen, Kartoffeln, Leere Müllwagen, Umzugsgut und Zeitungsbücherei.

DZ. Freiburg, 23. Nov. Der Arbeitgeberverband hat beschloffen, nach Anerkennung des Schiedsspruchs durch die Arbeitnehmer die festgesetzten Feuererzeugnisse für November und Dezember sofort zur Auszahlung zu bringen und bis zum 2. Januar 1922 eine weitere Feuererzeugnisse von einem halben Monatsgehalt auszufahren. Damit soll das durch den Schiedsspruch verbürgte Recht, mit weiteren Feuererzeugnissen zu kommen, als ausgeübt gelten. Der Arbeitgeberverband hofft, auf diese Weise die Rückkehr von Ruhe und Frieden bei den Angestellten zu sichern. Als Entgelt sollen die Angestelltenorganisationen darin einwilligen, daß die festgesetzte Zeit für die Fertigstellung der Neugruppierung vom 15. Dezember auf den 15. Januar verlängert wird.

**Aus der Landeshauptstadt.**

**Kommerzienrat Friedrich Hoepfner †.**

Im Alter von 75 Jahren ist gestern nachmittag 4 Uhr Herr Brauereibesitzer Kommerzienrat Friedrich Hoepfner gestorben. Kommerzienrat und Altstadtrat Hoepfner, der Schwiegervater des Verlegers der „Karlsruher Zeitung“, war eine stadtbekannt Persönlichkeit, die sich in weitesten Kreisen des größten Ansehens u. der aufrichtigsten Beliebtheit erfreute. Wie er seine Firma, in die er vor einem halben Jahrhundert eintrat, und deren Leitung er bis heute innehatte, durch seine Tüchtigkeit und Tatkraft zu einem der bedeutendsten Unternehmen der badischen Brauindustrie ausstattete, so hat er durch sein langjähriges, eifriges, von sozialem Verständnis und reicher Sachkenntnis getragenes Wirken als Stadtverordneter und Stadtrat in hohem Maße mitgeholfen, die Entwicklung und das Gedeihen der Landeshauptstadt zu fördern. Sein großer Wohltätigkeits Sinn u. seine offene Hand waren allgemein bekannt. Gemeinnützigen Bestrebungen war er ein eifriger Förderer; auch um das Vereinsleben hat er sich große Verdienste erworben so u. a. um den Arbeiterbildungsverein. Wir werden morgen noch nähere Daten aus seinem Leben bringen. Sein lebenswürdiges Wesen erwarb ihm auch die persönlichen Sympathien aller, die mit ihm in Berührung kamen. Es war ein an Arbeit und Erfolgen reiches Leben, das hier seinen Abschluß fand.

**Aus dem Stadtratsbericht vom 17. November 1921.**  
**Gaswerk.** Bei verschiedenen außerordentlichen Unternehmungen des Gaswerks (Erweiterungsbauten des Gaswerks II, Erstellung einer Ammoniakfabrik und einer Schlackenfabrik mit Brauchwasserwerk, sowie Errichtung einer Gaskontrollstation im Gaswerk I), sind die dafür bewilligten Anlehenssummen infolge der Überhöhung der Materialpreise, Frachten und Personalaufwendungen wesentlich überschritten worden. Der Stadtrat beschließt, die noch weiter hierfür erforderlichen Anlehensmittel beim Bürgerausschuß anzufragen. Die aus den gleichen Gründen eingetretene Kreditüberschreitung bei der Erweiterung und Ergänzung der Gasanlagen im Gaswerk II soll auf den Erneuerungsfonds des Gaswerks übernommen und diesem aus der Wirtschaft verzinst und innerhalb einer bestimmten Frist wieder zugeführt werden. Auch hierzu wird die Zustimmung des Bürgerausschusses beantragt.  
**Erhöhung der Besitzgebühren für das Mieteinigungsamt und das Gewerbe- und Kaufmannsgericht.** Vorbehaltlich der Zustimmung des Bürgerausschusses beschließt der Stadtrat, die Gebühren für die Besitzer des Mieteinigungsamtes und des Gewerbe- und Kaufmannsgerichts mit Rückwirkung vom 1. Ok-

tober d. J. in folgender Weise festzusetzen: die Besitzer erhalten: a) ohne Rücksicht auf die Dauer der Sitzung eine Aufwandsentschädigung von 18 M. für jede Sitzung, b) eine Entschädigung für Verdienstausfall, welche für jede angefangene Stunde des Sitzungsdauer beträgt: 1. für Beamte und Angestellte mit festen Bezügen im öffentlichen Dienst 5 M., 2. für alle übrigen Besitzer 3 M. Den Besitzern, welche infolge langer Sitzungsdauer ihre Arbeit am gleichen Tag nachweisbar nicht mehr aufnehmen können, wird auf Antrag die Verdienstausfallentschädigung für volle 8 Stunden gewährt. Gleichzeitig wird beim Bürgerausschuß beantragt, den Stadtrat zu ermächtigen, obige Gebührensätze den jeweiligen Veränderungen in den allgemeinen Lebensverhältnissen anpassen zu dürfen.  
**Vergütungssteuer.** Die gemäß den Bestimmungen des Reichsrats über die Vergütungssteuer für die Stadt Karlsruhe vom 9. Juni 1921 gefertigte neue Vergütungssteuerordnung für die Stadt Karlsruhe wird genehmigt und dem Bürgerausschuß zur Zustimmung unterbreitet.  
**Spende.** Der Besitzer der auf der Herbstmesse aufgestellten Berg- und Talbahn, Herr August Loewer aus Ludwigsburg, hat der Stadt Karlsruhe eine Spende von 2000 M. überreicht. Der Stadtrat spricht für diese Gabe verbindlichen Dank aus.

**DZ. Erhöhung des Tarifes der städtischen Straßenbahn und der Karlsruher Lokalbahn.** Bei der städtischen Straßenbahn wird ab 27. November d. J. der einfache Fahrtschein bis 5 Teilstrecken auf 1,50 M. erhöht (bisher 1 M.); über 5 Teilstrecken 2 M. (bisher 1,50 M.). Auf der Karlsruher Lokalbahn kostet ab 1. Dez. 1921 der einfache Fahrtschein von 1 bis 4 Kilometer 1,50 M. (bisher 1 M.), 5 Kilometer 1,60 M. (bisher 1,10 M.) usw.

**DZ. Eine Schwindelgeschichte mit tragischem Ausgang.** Die vor einigen Tagen verbreitete Meldung, daß ein junger Kaufmann von Werbern der Fremdenlegion entführt worden sei, hat sich, wie die Blätter melden, als ein gewöhnlicher Schwindel erwiesen, den der junge Mann ausgekreuzt hatte, um ein geringfügiges Vergehen, daß er sich seiner Firma gegenüber zuschulden hatte kommen lassen, zu verdecken. Der so schlecht beratene junge Mann hat nun, als ihm der Schwindel nachgewiesen wurde, um einer Verhaftung zu entgehen, seinem Leben dadurch ein Ende gemacht, daß er sich unweit Karlsruhe von einem Zug überfahren ließ.

**Badisches Landestheater.** Die Erstaufführung der Oper „Der Schatzgräber“ von Franz Schreker findet am Sonntag, den 4. Dezember, statt. Dieses bedeutende künstlerische Ereignis beansprucht den gesamten Bühnenapparat und fast sämtliche Solisten der Oper. Die Hauptpartien liegen in den Händen von Rose Vaulh, Wilhelm Rentwig, Willy Zillen, Carl Giesen, Max Büttner und Rudolf Weyrauch. Die Bühnenbilder sind im Einvernehmen mit der Regie von Emil Burkard geschaffen, die Kostüme von Margarete Schellenberg ausgewählt.

**Staatsanzeiger.**

Das Staatsministerium hat am 23. November d. J. im Benehmen mit dem erweiterten Verwaltungsrat der Gebäudeversicherungsanstalt beschlossen, die bisher nebenamtlich versehenen leitenden Stellen des Verwaltungsrats der Gebäudeversicherungsanstalt nach Bedarf hauptsächlich zu besetzen.

**Fahrplanänderungen.**

Vom Montag, den 28. November an verkehren die Personenzüge 3 und 4 zwischen Buchen und Waldbrunn einige Minuten früher; ab Donnerstag, den 1. Dezember fallen die Personenzüge 220 (W) und 221 (W) zwischen Waldbrunn und Buchen aus.

Neu eingelegt werden ab 1. Dezember die Personenzüge 3280 und 3281 zwischen Müllheim (Baden) und Neuenburg. Zug 3281 verkehrt zwischen Müllheim (Baden) und Freiburg; ferner wird der Haltepunkt „Reichentalerstraße“ im Murgtal für den Personenverkehr geschlossen. Nähere Auskunft durch die Stationen.

**Personeller Teil.**

**Ernennungen, Versetzungen, Zurücksetzungen usw. der planmäßigen Beamten.**

**Aus dem Bereich des Staatsministeriums.**

**Ernannt:**  
 Ministerialdirektor Gustav Arnold zum Präsidenten der Gebäudeversicherungsanstalt, Ministerialrat Friedrich Hörenbach zum Landeskommissar in Konstanz, Ministerialrat Otto Rees zum Ministerialdirektor.

**Zurückgesetzt:**  
 Landeskommissar Alexander Wiener in Konstanz auf Ansuchen.

**Ministerium des Innern.**  
**Berufen:**  
 dem Lehrer Karl Hinderschieb in Rajatt die badische Meistungsmedaille.

**Ernannt:**  
 Verwaltungsinспекtor Karl Schmitt beim Ministerium des Innern zum Verwaltungsoberinspektor, Verwaltungsklarer Josef Kuttiraff beim Bezirksamt St. Blasien zum Verwaltungsobersekretär beim Bezirksamt Vonnorf.

**Zurückgesetzt:**  
 Bezirksarzt Dr. Julius Barth in Müllheim auf Ansuchen.

**Entlassen:**  
 Amtmann Dr. Walter Sed, auf Ansuchen.

**Todes-Anzeige.**

Heute nachmittag 4 Uhr entschlief nach langem, schwerem Leiden mein innigstgeliebter Mann, unser lieber Vater, Schwiegervater, Großvater, Bruder, Schwager und Onkel

**Brauereibesitzer, Kommerzienrat**  
**Friedrich Hoepfner**  
 Alt-Stadtrat und Kirchenältester  
 Inhaber des Zähringer Löwenordens I. Kl. mit Eichenlaub  
 im Alter von 75 Jahren.

Karlsruhe, den 23. November 1921.

Die trauernden Hinterbliebenen:

- Karoline Hoepfner geb. Neck.
- Fritz Hoepfner und Frau Else geb. Eberle und drei Kinder.
- Dr. Albert Knittel und Frau Else geb. Hoepfner und drei Kinder.
- Max Hoepfner.

Die Beerdigung findet Samstag, den 26. November, nachmittags 3 Uhr, von der Friedhofkapelle aus statt.

**RAUSCH & PESTER**  
 Erbprinzenstraße 3 KARLSRUHE Fernruf Nr. 2678  
 (am Rondellplatz)  
**Atelier vornehmer Photographie**  
**Vergrößerungs-Anstalt**  
 Spezialität: R.785  
 Porträts-, Gruppen - Vergrößerungen, Kinderaufnahmen  
 Einfachste bis vornehmste Ausführung. Weihnachtsaufträge baldigst erbeten  
 Paßbilder sofort Größte Leistungsfähigkeit Paßbilder sofort

**Intelligente Erwerbslose**  
 R.797  
 können sich ohne erhebliche Mühen für einige Wochen sehr guten Verdienst schaffen. Bewerber wollen sich sofort mit uns in Verbindung setzen.  
 Carl Gerber, München, Angertorstr. 2.

**Korbflaschen 25 Liter**  
 neu und gebraucht  
**Kronenkorkwasserflaschen**  
 grosse Posten gegen feste Draht-Offerte kauft  
 P. H. Uhlich Hamburg 15.

**Orienthaus**  
 sucht infolge momentan dringenden Bedarfs  
**Orient- und Perser-Teppiche**  
 in verschiedenen Größen und Qualitäten zu außerordentlich hohen Preisen zu kaufen. R.794  
 Angebotsbr. bis spätestens den 30. d. M. erbeten an  
**Teppichhaus Brym, München, Weinstr. 2**

Freitag, den 25. November 1921.  
**Landestheater.** 7-9 Uhr. M. 25.—  
 Schülernmiete - Vorstellung  
**B 7**  
**Alessandro Stradella.**

**Zu kaufen gesucht**  
 sofort für vorgemerkte Käufer:  
 Herrschafts- und Wohnhäuser, Villen und Landhäuser, Wirtschaften mit und ohne Mehrgereien, Speiserehandlungen, Gemischte Warengeschäfte, Zigarrengeschäfte, sowie Geschäfte aller Art.  
**M. Busam, Liegenschaftsbüro**  
 Herrenstraße 38. R.771

**Amtliche Bekanntmachung.**  
 Die weltliche Feier der Sonn- und Festtage.  
 Für die weltliche Feier der Sonn- und Festtage gelten folgende Bestimmungen:  
 1. An den Sonntagen der Adventszeit und an dem Christtag sind öffentliche Tanzbelustigungen und solche geselliger Vereine und geschlossener Gesellschaften verboten. (§§ 5 und 6 der Verordnung des Ministeriums des Innern vom 29. November 1865, die Abhaltung von Tanzbelustigungen betreffend).  
 2. An dem Christtag sind außerdem verboten: Öffentliche Auszüge, Musikführungen, Gesangs- und bellamatorische Vorträge, Schaustellungen, theatralische Vorstellungen und sonstige Anstalten für den ganzen Tag mit der Ausnahme, daß Musikführungen und Theateraufführungen von 3 Uhr nachmittags ab gestattet sind. Zu Gast- und Schenkwirtschaften jedoch dürfen die letztgenannten Veranstaltungen erst nach Schluß des Nachmittagsgottesdienstes, das ist von 4 Uhr nachmittags ab, stattfinden. (§§ 6 und 7 der landesherrlichen Verordnung vom 18. Juni 1892, die weltliche Feier der Sonn- und Festtage betreffend). R.849  
 Karlsruhe, den 19. November 1921.  
 Bad. Bezirksamt — Polizeidirektion c. D. 3.176

**Aufgebotsverfahren.**  
 Herr Ludwig Müller, Reisender und dessen Ehefrau Lina geb. Knapp in Heidelberg, Mittelstraße Nr. 39, haben den Antrag gestellt, das abhanden gekommene auf den Namen der Ehefrau lautende Sparbuch Nr. 2246 mit einer Einlage von 644,07 M., inzwischen durch Zinsguthrift angewachsen auf 665,76 M. für kraftlos zu erklären.  
 Der Inhaber des genannten Buches wird hiermit aufgefordert, solche binnen eines Monats, von der erfolgten Einrückung an gerechnet, bei der unterzeichneten Stelle vorzulegen und ihre Ansprüche geltend zu machen, widrigenfalls die Strafloserklärung des Buches erfolgen wird. R.796  
 Karlsruhe, 21. Nov. 1921.  
 Städt. Sparkassenamt.

**Verfahren.**  
 Herr Friedrich Nitsch, Geschäftsführer der Verlagsbuchhandlung Volksfreund hier, hat den Antrag gestellt, seine nachgenannten abhanden gekommenen 4 Sparbücher:  
 Nr. K Nr. 2330 mit einer Einlage von M. 674, inzwischen durch Zinsguthrift angewachsen auf M. 732,22;  
 Nr. Q Nr. 1425 mit einer Einlage von M. 5608,11, inzwischen durch Zinsguthrift angewachsen auf M. 5856,69;  
 Nr. W Nr. 1293 mit einer Einlage von M. 5094,66, inzwischen durch Zinsguthrift angewachsen auf 5608,82;  
 Nr. Y Nr. 1343 mit einer Einlage von M. 686,21, inzwischen durch Zinsguthrift angewachsen auf M. 735,29; für kraftlos zu erklären.  
 Die Inhaber der genannten Bücher werden hiermit aufgefordert, solche binnen eines Monats, von der erfolgten Einrückung an gerechnet, bei der unterzeichneten Stelle vorzulegen und ihre Ansprüche geltend zu machen, widrigenfalls die Strafloserklärung der Bücher erfolgen wird. R.795  
 Karlsruhe, 21. Nov. 1921.  
 Städt. Sparkassenamt.

**Badischer Binnen gütertarif, Deutscher Eisenbahngütertarif, Teil II Heft C I b, Deutsch-schwedisch-norwegischer und deutsch-dänischer Gütertarif.** R.886  
 Auf 1. Dezember l. J. werden die Zuschlagstafeln zur Berechnung der Auslandszuschläge im Verkehr mit deutschen Stationen auf Schweizer Gebiet u. Waldhüt Übergang neu ausgegeben. Es ergeben sich geringe Ermäßigungen. Näheres in unserm Tarif angezeigter und in den am 1. Dezember erscheinender Tarifen und Nachträgen. Karlsruhe, 18. Nov. 1921  
 Eisenbahngeneraldirektion